

Digitalwende

SZ Dossier, Freitag, 23. August 2024

Autor: Laurenz Gehrke

Tiefgang: Umfrage sieht Handlungsbedarf in Sachen Medienpädagogik

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) und die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) haben gemeinsam eine Umfrage unter GMK-Mitgliedern durchgeführt, um Herausforderungen der Mediennutzung Heranwachsender zu definieren und Vorschläge für eine verbesserte Medienpädagogik in Deutschland formulieren zu können. Die Ergebnisse der Umfrage, an der im März und April dieses Jahres 289 Personen teilnahmen, werden im Herbst veröffentlicht und liegen SZ Dossier exklusiv vor.

Laut einer Einordnung der GMK selbst ist ein zentrales Ergebnis der Umfrage „die Notwendigkeit, aktuelle gesellschaftliche Themen wie Künstliche Intelligenz, algorithmische Entscheidungssysteme, politische Medienbildung sowie den Umgang mit Desinformation und Nachhaltigkeit in die Medienpädagogik zu integrieren“. Leichter gesagt als getan, aber einige Voraussetzungen werden auch hervorgehoben.

So sei es einerseits notwendig, eine „bejahende Medienkultur“ zu fördern. „Der Diskurs darf nicht einseitig negativ geprägt sein, indem die Mediennutzung Jugendlicher als überwiegend gefährdend, exzessiv und abhängig machend betrachtet wird“, sagte dazu Friederike von Gross, Geschäftsführerin der GMK, SZ Dossier. Das geschehe derzeit oft im öffentlichen Diskurs, etwa wenn die Berichterstattung über Tiktok „auf gefährliche Challenges beschränkt“ werde, oder Straf- und Gewalttaten von Jugendlichen zuerst mit Computerspielen assoziiert würden.

Moderner Jugendmedienschutz müsse Kinder und Jugendliche vor allen relevanten Gefährdungen schützen, sie aber gleichzeitig zur „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Nutzung medialer Angebote“ befähigen, sagte von Gross. Seitens der Teilnehmenden der Umfrage innerhalb der GMK bestehe der Wunsch nach mehr Anerkennung für Medienpädagogik als eigenständiges Fachgebiet sowie nach einer stärkeren Einbindung in Bildungspolitik, sämtliche Bildungsbereiche und gesellschaftliche Debatten. „Eine verbesserte finanzielle Ausstattung, Fachkräftebildung und nachhaltige Projektförderung sind weitere Forderungen“, sagte sie.

Laut den Befragten wird stattdessen derzeit Medienkompetenz „mitunter vorgeschoben, um Regulierungen digitaler Angebote zu vermeiden und Kosten für die Anbieter zu sparen“. Kai Hanke, Geschäftsführer des DKHW nannte als Beispiel dazu den Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Grooming. „Die geplante Regulierung hängt seit mehreren Jahren beim Rat der EU fest“, sagte er. Unterdessen regulierten sich Unternehmen selbst und Schulen müssten tätig werden. „Das bedeutet konkret, dass Kinder bereits in der Grundschule lernen müssen, ungewollte Annäherungsversuche im Netz zu erkennen und abzuwehren, deutlich bevor in ihrer Entwicklung die Themen Sexualität und Privatsphäre Relevanz bekommen.“

Immerhin: Der Digital Services Act (DSA) mache „einige entschlossene Schritte vorwärts in der Plattformregulierung und denkt an vielen Stellen die Bedürfnisse und Rechte von Kindern mit“, sagte Hanke. Plattformen, die von Minderjährigen genutzt werden, sollen demnach mentale und physische Wohlergehen dieser sicherstellen. Nutzungsbedingungen sollen so gestaltet werden, dass Kinder diese auch verstehen können. „Abseits verschiedener Umsetzungsfragen klingt dies nach einem Umfeld, in welchem Medienbildung besser gelingen kann“, sagte er.

„Der Diskurs darf nicht einseitig negativ geprägt sein, in dem die Mediennutzung Jugendlicher als überwiegend gefährdend, exzessiv und abhängig machend betrachtet wird.“

Friederike von Gross

Geschäftsführerin der Gesellschaft für Medienpädagogik

„Leider sehen wir in anderen Bereichen keine so kohärenten Rechtsetzungsverfahren“, sagte Hanke. Im AI Act etwa spielten Kinder „nur eine Nebenrolle als Schutzsubjekte“. Dabei spiele KI bereits eine große Rolle im Alltag junger Menschen. „Weder wurden Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche vorgesehen noch die Befähigung zum Umgang mit KI mitgedacht“, sagte er. Der AI Act sei so bereits in Kraft, „ohne den neuen Herausforderungen für Schule und Medienbildung Abhilfe zu verschaffen“

KI und der digitale Wandel stellen Schulen vor Herausforderungen, die sie ohne außerschulische Akteure der Medienbildung nicht stemmen, sagte Friederike von Gross. Das könnten Jugendzentren, Häuser der offenen Tür, oder Einrichtungen sein, „die gezielt und ausschließlich Kurse, Werkstätten und Workshops rund um digitale Medien anbieten“. Viele davon seien Mitglieder im Bundesverband der GMK. „Die Angebote gehen von Filmworkshops und Fotografie über Gaming-Angebote hin zu Projekten, in denen Making und Coding im Mittelpunkt stehen“, sagte sie. Aktuelle Themen wie Cybermobbing, Desinformation, Hass im Netz, KI, Klima und Politik würden dort „spielerisch und handlungsorientiert bearbeitet“.

Für erfolgreiche Bildungspartnerschaften zwischen solchen außerschulischen Akteuren und Schulen müsse die Politik Hürden abbauen, sagte von Gross. Dazu brauche es die Unterstützung der Kultusministerien und eine Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Trägern auf Augenhöhe, also „mit der entsprechenden fairen, gleichwertigen Finanzierung der medienpädagogischen Arbeit, einer gegenseitigen Wertschätzung und Offenheit“. Zudem wünsche sie sich „eine Verankerung der Partnerschaft in der Medienentwicklungsplanung und vor allem ein gemeinsames Verständnis über Medienbildung beziehungsweise Medienkompetenz“.

Für so ein gemeinsames Verständnis sei es wichtig, „die Gleichwertigkeit eines Lernens über Medien gegenüber einem Lernen mit Medien anzuerkennen“, sagte von Gross. Das Verständnis von „digitaler Welt“ müsse also deutlich über eine „technisch-informatische Sichtweise“ hinausreichen und auch soziale, ethische, kulturelle, kreativ-ästhetische, kritisch-reflexive und (gesellschafts-)politische Aspekte berücksichtigen. „Hier bedarf es der Anerkennung dieses Diskurses durch die Kultusministerkonferenz und die Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz.“

Oftmals fehlten ermöglichende Strukturen im Kontext Bildungspartnerschaften, wenn freie Träger und Vereine bei der Förderung unberücksichtigt bleiben, sagte von Gross. „Eine der größten Hürden ist die Förderung über kurze Förderzeiträume und der hohe bürokratische Aufwand, der Ressourcen in Anspruch nimmt, die in der inhaltlichen Arbeit benötigt würden“, sagte sie. Dazu kämen strukturelle Hürden, wie dass die Förderung von Schule und Außerschulischer Medienbildung auf Länderebene in unterschiedlichen Ministerien verankert sei.